

Stand: 09.05.2025 08:34:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22661

"Putin vor das Kriegsverbrechertribunal"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22661 vom 11.05.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23232 des BU vom 17.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23429 vom 30.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 30.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Putin vor das Kriegsverbrechertribunal

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag von möglichen Kriegsverbrechen in der Ukraine und verurteilt auf das Schärfste die russischen Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung. Die Attacken auf zivile Ziele werden systematisch als Kriegsmittel eingesetzt und stellen vorsätzliche, schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar.

Der Landtag macht sich die Erklärung von Versailles der EU-Staats- und Regierungschefs zur militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine vom 10. März 2022 zu eigen, in der die Entscheidung zur Eröffnung einer Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine vor dem IStGH positiv bewertet worden ist.

Der Landtag fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, mit internationalen Gremien zusammenzuarbeiten, um Beweise zu sammeln und die Gerichtsbarkeit des IStGH und dessen Ermittlungen in allen Fällen von Kriegsverbrechen, die seit dem 20. Februar 2014 im Hoheitsgebiet der Ukraine begangen wurden, zu unterstützen und zu fördern, um Präsident Wladimir Putin und weitere mögliche Verantwortliche vor Gericht stellen zu können.

Begründung:

Der Chefankläger des IStGH sammelt Beweise für russische Kriegsverbrechen. 39 Staaten unterstützen das Verfahren förmlich, unter ihnen neben Deutschland fast alle EU-Mitglieder sowie Kanada, Neuseeland und Costa Rica.

Bundeskanzler Olaf Scholz forderte am 4. April 2022: „Wir sehen Dutzende erschossener Zivilisten in Butscha, einem Gebiet nördlich von Kiew, das bis vor wenigen Tagen vom russischen Militär kontrolliert worden ist, Straßen übersät mit Leichen und notdürftig verscharrte Körper. Es ist von Frauen, Kindern und Alten die Rede, die unter den Opfern sind. Die Ermordung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen. Diese Verbrechen der russischen Streitkräfte müssen wir schonungslos aufklären. Ich verlange, dass internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Zugang zu diesen Gebieten erhalten und die Gräueltaten dokumentieren.“

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zeigte sich am 6. April 2022 erschüttert über die Berichte aus Butscha: „Nach dem Abzug russischer Truppen wurden unbegreifliche Gräueltaten sichtbar, unsere Gedanken sind bei den Menschen in Butscha und Borodjanka, in Mariupol, in Charkiw und Cherson und an so vielen anderen Orten in der Ukraine.“

Städte würden belagert, Evakuierungen und humanitäre Hilfe blockiert. „Die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Strom wird systematisch gekappt. Es geht offensichtlich um Terror gegen ein ganzes Volk“, sagte die Bundestagspräsidentin. Ohne Wahrheit könne es keine Gerechtigkeit geben. Menschenrechtsverletzungen müssten in jedem Fall dokumentiert und die Opfer gehört werden, so die Bundestagspräsidentin.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fordert immer mehr zivile Opfer und verursacht unermessliches Leid und immense Schäden an zivilen Objekten wie Krankenhäusern, Theatern, Schulen und Wohnhäusern. Präsident Wladimir Putin wird beschuldigt, Kriegsverbrechen zu begehen, in dem er vorsätzlich die Zivilbevölkerung und nichtmilitärische Ziele in Städten bombardieren lässt und Waffen einsetzt, die das Risiko von Tod und Verletzung für Nichtkombattanten erhöhen. Bereits bei Beginn der völkerrechtswidrigen russischen Kriegshandlungen gegen die Ukraine hat Amnesty International den Einsatz von verbotener Streumunition verifiziert.

Kriegsverbrechen umfassen nach internationalem Recht das gezielte Angreifen von Zivilisten sowie Angriffe, die angesichts des militärischen Ziels unverhältnismäßig viele zivile Opfer in Mitleidenschaft ziehen. Dazu gehören Angriffe auf Krankenhäuser, Kliniken, Schulen, historische Denkmäler und andere wichtige zivile Stätten sowie Angriffe oder Bombardierungen von Städten, Dörfern oder Wohnhäusern, die nicht verteidigt werden und keine militärischen Ziele sind.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a.
SPD
Drs. 18/22661**

Putin vor das Kriegsverbrechertribunal

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Absatz 1 Satz 2 folgende Fassung erhält:
„Nach allen bislang verfügbaren Informationen werden die Attacken auf zivile Ziele systematisch als Kriegsmittel eingesetzt und stellen vorsätzliche, schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar.“

Berichterstatter: **Markus Rinderspacher**
Mitberichterstatter: **Alex Dorow**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** SPD

Drs. 18/22661, 18/23232

Putin vor das Kriegsverbrechertribunal

Der Landtag begrüßt die Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag von möglichen Kriegsverbrechen in der Ukraine und verurteilt auf das Schärfste die russischen Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung. Nach allen bislang verfügbaren Informationen werden die Attacken auf zivile Ziele systematisch als Kriegsmittel eingesetzt und stellen vorsätzliche, schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar.

Der Landtag macht sich die Erklärung von Versailles der EU-Staats- und Regierungschefs zur militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine vom 10. März 2022 zu eigen, in der die Entscheidung zur Eröffnung einer Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine vor dem IStGH positiv bewertet worden ist.

Der Landtag fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, mit internationalen Gremien zusammenzuarbeiten, um Beweise zu sammeln und die Gerichtsbarkeit des IStGH und dessen Ermittlungen in allen Fällen von Kriegsverbrechen, die seit dem 20. Februar 2014 im Hoheitsgebiet der Ukraine begangen wurden, zu unterstützen und zu fördern, um Präsident Wladimir Putin und weitere mögliche Verantwortliche vor Gericht stellen zu können.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP und AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Schutz von Kindern vor unsicherem Spielzeug und Stärkung des Binnenmarkts – Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie
 02.03.2022 - 25.05.2022
 Drs. 18/21986, 18/23373

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23373 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Internationaler Güter- und Personenverkehr –
Steigerung des Anteils des Schienenverkehrs
30.03.2022 - 22.06.2022
Drs. 18/22740, 18/23371

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23371
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen (Bewertung)
26.04.2022 - 19.07.2022
Drs. 18/22848, 18/23372

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23372
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke;
COM(2022) 216 final
BR-Drs. 267/22
Drs. 18/23305, 18/23362

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Förderung eines Modellprojekts für Car-Sharing-Angebote in ländlichen Regionen
Drs. 18/4399, 18/23252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung III – Musterbauordnung
Drs. 18/19878, 18/22446 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Initiative Berufsschullehrkräfte –
Unterricht für die Fachkräfte von morgen sichern
Drs. 18/22215, 18/23280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schule trifft Wirtschaft – Berufsorientierung muss selbstverständlicher
Bestandteil des Unterrichts werden
Drs. 18/22217, 18/23281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Interreligiösen Dialog fördern und gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken – Runden Tisch der Religions- und
Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einrichten
Drs. 18/22224, 18/23282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Spielräume aus Corona-Fonds der EU für Stärkung der Grenzregionen einsetzen
Drs. 18/22376, 18/23231 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch mit pflegenden Angehörigen
Drs. 18/22380, 18/23247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahme von Arztpraxen durch Investoren
Drs. 18/22382, 18/23249 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

